Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.
Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.
Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 129. Donnerstag den 7. Juni. 1849.

Inland.

Berlin, den 5. Juni. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den bisherigen Geschäftsträger zu Paris, Legations-Rath Grafen von Hatzfeld, zu Allerhöchstihrem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der Französischen Republik; und den bisherigen Postmeister Windmüller in Mühlheim a. d. Ruhr zum Ober-Post-Direktor in Koblenz zu ernennen.

Der Unter-Staats-Sekretair im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, von Pommer-Esche, ist nach Bad Kissingen abgereist.

Berlin, den 3. Juni. Die noch immer andauernden Nachsuchungen nach Waffenvorräthen haben heute einen eigenthümlichen Erfolg gehabt. Diesen Morgen um 3 Uhr wurden 4 Schutzmänner zum Polizeikommissär des Reviers vor dem Schönhauserthore beordert. In ihrer Begleitung verfügte sich derselbe nach einem hinter dem Grundstücke Nr. 173 und 174 belegenen Acker, und gab ihnen Befehl, denselben an einer bestimmten Stelle aufzugraben. Nachdem man etwa 3 Fuß tief eingedrungen war, fanden sich 4—5 Töpfe mit gefüllten Handgranaten, eine Kiste mit Gewehren und eine Tonne mit Munition, welcher mehrere Bajonette beigelegt waren. Die Töpfe waren sorgfältig mit Blasen verbunden, die Tonne jedoch schon so hinfällig geworden, daß die Munition in derselben nicht transportirt werden konnte, sondern ausgepackt werden mußte. Nach diesen Resultaten wurden 10—12 Arbeitsleute herbeigeholt, um den ganzen Acker aufzuwühlen. Die Arbeit war diesen Nachmittag noch nicht beendet. Die Einscharrung jener Waffen scheint den Novembertagen des vorigen Jahres anzugehören.

— 3. Juni. Gestern ist plötzlich der Buchhändler Schlesinger nach der Stadtvogthei abgeführt worden. Der Grund seiner Verhaftung wurde ihm nicht angegeben. Man vermuthet, daß sie mit der Waldeck'schen Angelegenheit im Zusammenhange stehe, denn sie wurde bald nach einem Verhöre des Herrn Waldeck vorgenommen. Vielleicht hat aber auch der Debit des Hrn. Schlesinger den Anlaß geboten.

CC Berlin, den 4. Juni. Die außerordentlichen Ausgaben, welche die Mobilmachung unserer Armee und die gegenwärtigen Truppenbewegungen dem Staate verursachen, geben verschiedenen Blättern den erwünschten Anlaß die Lage der Preuß. Finanzverwaltung als eine dem Banquerotte nahe darzustellen. Daß die außerordentlichen Maßregeln, zu welchen das Gouvernement aus Rücksichten auf die Herstellung der gesetzlichen Ordnung in Preußen und Deutschland gezwungen ist, außerordentliche Mittel in Anspruch nehmen, ist gewiß und bedarf keiner Rechtfertigung. Allein die ganz besondere Sparsamkeit, mit welcher der dermalige Kriegsminister in Bestreitung dieser Ausgaben zu Werke geht, soll, wie wir hören, das Finanzministerium bis jetzt noch außer Nothwendigkeit gesetzt haben zu ungewöhnlichen Quellen die Zuflucht zu nehmen, so daß die Besorgniß eines Staatsbanquerottes auch im Entferntesten noch nicht in Aussicht steht, im Gegentheil Preußen vor allen übrigen Staaten voraus sich in einer für die Verhältnisse günstigen Finanzlage befindet.

— Hier eingegangene Briefe sollen die Nachricht gebracht haben, daß der Banus Jellachich, nicht gefangen, sondern zu den Ungarn übergegangen ist.

Berlin, den 5. Juni. Se. Maj. der König hat an den Commandanten von Coblenz ein eigenhändiges Schreiben gerichtet, worin demselben befohlen wird, dem Großherzog von Baden, welcher bekanntlich in Coblenz eine Zufluchtsstätte gesucht hat, eine möglichst zuvorkommende Behandlung angedeihen zu lassen, so wie ihm das dortige Schloß zu seinem Wohnort einzuräumen. Der Großherzog soll jetzt die direkte Hülfe Preußens zur Pacifizirung seines Landes dringend und mit Umgehung der Reichsgewalt nachgesucht haben.

— In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten stellte Hr. Eltester den Antrag, eine Deputation zu ernennen, welche die nöthigen Mittel und Wege versuche, den Competenz-Conflikt, welcher die Haft der Berliner Maigefangenen unglücklicherweise verlängert, zu beenden. Die Versammlung stimmte diesem Antrage sogleich fast einstimmig bei.

— Das Etablissement der Seehandlung in Wüste-Giersdorf im schlesischen Eulengebirge, bekannt durch die Fabrikation vortrefflicher Mousselines de laine und Orleans, ist in Begriff in die Hände eines Berliner Hauses überzugehen, welches bereits früher die dort gefertigten Waaren am hiesigen Ort abzusetzen pflegte.

— Die Mühlwerke der Seehandlung haben im verflossenen Jahre schlechte Geschäfte gemacht. Der Verlust der Potsdamer Dampfmühle wird allein auf 60,000 Thaler angegeben; auf eine noch höhere Summe soll sich die Einbuße der Herkules-Mühlen in Bromberg belaufen. Unter diesen Umständen und bei dem hohen Kapitalwerth dieser Anlagen ist nur geringe Aussicht, dieselben in Privathände übergehen zu sehen.

— Die alljährlichen Veranstalter der großen Feuerwerke, wie wir sie hier auf Tivoli, Treptow oder an andern Nachbarorten zu erblicken pflegen, sind gleichfalls in Folge des Belagerungszustandes auf mancherlei Schwierigkeiten gestoßen. Anfangs fand man die große Anhäufung von Menschen an sich bedenklich, da aber dies für alle Volksbelustigungen gegolten hätte, so wurde das Verbot auf Raketen, Schwärmer und anderer hochsteigender Körper beschränkt, vielleicht weil dahinter ein Signal oder etwas Aehnliches verborgen sein konnte. Gegründeten Gegenvorstellungen gelang es indeß auch diese Bedenken zu beseitigen und so werden denn die Feuerwerke nun wieder wie früher statthaben.

— Die Nachricht über die Ergreifung des Buchhalters Felgentreu hat sich bisjetzt nicht bestätigt. Es scheint vielmehr, als ob er, was bei dem mehrtägigen Vorsprung gleich Anfangs zu vermuthen war, den Kontinent bereits und unangefochten verlassen habe.

— Heute Mittag starb hier ein Mann, dessen Hingang in den weitesten Kreisen bei Alt und Jung die größte Theilnahme erwecken wird. In der Blüthe der Jahre, im kräftigsten Mannesalter wurde der Turnlehrer Feddern seiner Familie, seinen Freunden und Schülern plötzlich entrissen, nachdem er noch gestern seines Berufes auf dem Turnplatze unter seinen Schülern, die an ihm wie an einem väterlichen Freund hingen, gewartet hatte. Als in den Zeiten Ungunst, nach dem Jahre 1819, die Turnkunst der sorgfältigsten Pflege bedurfte, um sich zu bessern Zeiten hinüberzuretten, da war unter diesen schützenden Pflegern auch Feddern, dem neben Eiselen und Lübeck es vornehmlich verdankt wird, daß sich fort und fort in Berlin ein stiller Kreis von Verehrern und Ausübern der edlen Turnkunst sammelte. Viele tausend Schüler, über das ganze weite Vaterland zerstreut, werden, wenn die Kunde seines unerwarteten Todes sie erreicht, sein Andenken segnen und sich mit Liebe des Mannes erinnern, der eine Seele hatte ohne Falsch und dessen Bescheidenheit eben so groß war als seine Pflichttreue.

S. C. Stettin, den 4. Juni. Der bisherige Ober-Bürgermeister Wartenberg hat seine Stelle niedergelegt und ist in den Staatsdienst zurückgetreten. Er ist bereits nach Marienwerder als Regierungs- und Forst-Rath abgegangen. Am 3. Juli wird die Neuwahl stattfinden. Da die Majorität der Stadtverordneten conservativ ist, so läßt sich erwarten, daß die Neuwahl auf einen Mann dieser Partei fallen wird. Man nennt als den Kandidaten derselben den Appellations-Gerichts-Rath Hering, welcher dem Vorstande des hiesigen constitutionellen Vereins angehört, und bereits bei der letzten Wahl zur zweiten Kammer nahe daran, war zum Deputirten gewählt zu werden.

Die in den letzten Wochen hier stattgefundene General-Versammlung der Berlin-Stettiner-Eisenbahn war spärlich besucht und bot kein allgemeines Interesse dar. Indessen sind die Verwaltungs-Resultate des Jahres 1848 noch immer befriedigend genug. Während andere Eisenbahnen gar keinen Ertrag gewährt haben, giebt die Berlin-Stettiner 4 Prozent Zinsen und Dividende freilich 2 Proz. weniger als im Jahre 1847. Uebrigens sind die Fahrpreise vom 1. Juli ab für jede Klasse um 10 Proz. erhöht worden, da die bisherigen Sätze sich als zu niedrig erwiesen haben. Man erwartet davon eine Mehreinnahme von 40,000 Rthlr.

Von der Preußisch-Polnischen Grenze, den 28. Mai. Der Besuch des Oesterreichischen bei dem Russischen Kaiser soll manches Eigenthümliche dargeboten haben. Weder ist der Letztere seinem hohen Gaste, von dessen Ankunft er doch unterrichtet war, entgegen gefahren, noch ist seine Begleitung, wie üblich, mit Russischen Orden versehen worden; noch sind überhaupt dem Beherrscher des Oesterreichischen Kaiserreiches andere Ehrenbezeigungen erwiesen worden, als sie den jüngern Mitgliedern des Preußischen Königshauses bei ihren dortseitigen Besuchen regelmäßig zu Theil werden. Daß Franz Joseph unbefriedigt von Warschau geschieden, dafür zeugt schon die außerordentliche Kürze seines Aufenthaltes; aber auch einzelne Aeußerungen seiner Begleiter sollen dafür sprechen.

Hamburg, den 1. Juni. (Börs. H.) Die konstituirende Versammlung hat gestern über den zweiten Bericht des Wehrausschusses berathen. Derselbe wurde mit geringer Abänderung genehmigt und die betreffenden Paragraphen des Verfassungs-Ausschusses in folgender Gestalt angenommen: Von der bewaffneten Macht. 1) Jeder Angehörige des Hamburgischen Freistaates ist wehrpflichtig. 2) Die Dauer der Dienstzeit, so wie die Zeit der Einstellung zum Dienst bestimmt das Gesetz. 3) Es findet keine Art der Stellvertretung bei Ausübung der Wehrpflicht statt. 4) Die Ausnahmen von der Dienstpflicht bestimmt das Gesetz. 5) Die bewaffnete Macht des Hamburgischen Freistaates bildet nur einen einzigen Wehrkörper. Derselbe wird in verschiedene Altersklassen (Aufgebote) eingetheilt. 6) Innerhalb der Grenzen des Hamburgischen Gebietes steht das Kommando über die gesammte Wehrmacht einem einzigen von der Bürgerschaft zu erwählenden (eventualiter zu entlassenden) Chef zu. 7) Der Staat ist verpflichtet, diejenigen Wehrmänner, welche in und durch Vollziehung ihres Dienstes unfähig geworden sind, sich zu ernähren, zu pensioniren oder anderweitig zu versorgen.

Hamburg, den 3. Juni. Welch einen bedeutenden Umfang das hiesige Assekuranzgeschäft hat, läßt sich aus der nun offiziell mitgetheilten Abrechnungs-Uebersicht für das Jahr 1848 entnehmen. Dieser zufolge bestehen an hiesigem Orte 23 Assekuranz-Kompagnieen, die in dem genannten Jahre 249,793,500 Rthlr Bko. gezeichnet haben, gegen 5,235,450 Rthlr. Bko. Prämie. Im Jahre 1847 betrug die Totalsumme 361,117,300 Rthlr. Bko. zur Durchschnittsprämie von ein $\frac{17}{32}$ Prozent.

Altona. Man erfährt, daß an die Stelle des gebliebenen Hauptmanns von Delius der gleichfalls dem Preußischen Generalstabe angehörige Hauptmann von Blumenthal zum Chef unseres Generalstabes ernannt sei.

Onstedt, den 31. Mai. Seit 8 Tagen steht die ganze Preußische Division, ein Theil der Kurhessen, Sachsen und Baiern etwa zwei Meilen südlich Aarhuus, die Preußen auf dem rechten Flügel. Bei unserem Vordringen von Horsens am 23. gegen Aarhuus zogen sich die Dänen vor uns zurück, ohne daß es zu einem Gefecht gekommen wäre; die Dänen behielten Aarhuus besetzt. Am heutigen Tage wurde von der diesseitigen Avantgarde (bestehend aus zwei Kompagnieen Preußischer Jäger, einer Kompagnie Pioniere, zwei Schwadronen des 11. Husaren Regiments, einem Bataillon des 15. Infanterie-Regiments, einem Bataillon Westphälischer Landwehr und der 6pfündigen Batterie Nr. 4.) eine Rekognoszirung gemacht, die den Feind dicht vor Aarhuus zurückwarf, wobei er einen Verlust von 2 Jägern und 8 Infanteristen an Gefangenen erlitt. Unsere Avantgarde behauptet die genommene Stellung.

Feldlager vor Fredericia, den 29. Mai. Der Kommandeur der 4. Brigade, Oberst St. Paul, ist provisorisch zum Kommandeur der Infanterie ernannt (an des verwundeten Grafen Baudissin Stelle.)

Rendsburg, den 31. Mai. Das bei der Reichsarmee gegen Dänemark stehende Bataillon Großherzoglich Badener Infanterie, welches in der letzten Zeit keinen Sold vom Hause aus bezahlt erhalten hatte, ist jetzt in Schleswig-Holsteinischen Sold getreten. Die Rückstände sind demselben bereits ausgezahlt worden.

Frankfurt a. M., den 1. Juni. Die Insurgenten haben im Laufe des gestrigen Tages Weinheim geräumt, obgleich es vorgestern verbarrikadirt und mit Geschütz versehen war; sie haben sich, wie es scheint, hinter den Neckar zurückgezogen. Auch die im Odenwalde vorgedrungene Kolonne ist zurückgegangen. Ein Zusammenstoß hat auf der ganzen Linie nirgends stattgefunden.

— Ueber den Erfolg der zweiten Badener Expedition (nach Fürth und Erbach) wird dem „Frankfurter Journal" aus Erbach vom 31. Mai geschrieben: „Heute Morgen früh 6 Uhr zogen die schon in der Nacht erwarteten Badischen Truppen, 3 Kompagnieen hier ein. Sie wurden einquartiert, benahmen sich sehr anständig, wurden aber nach halbstündiger Rast zum Abmarsch kommandirt. Sie kamen von Fürth, nahmen an der gestrigen Affaire bei Heppenheim gar keinen Antheil, übernachteten etwa 2 Stunden von hier unter freiem Himmel und traten den Rückweg nach Beerfelden zu an, um die Badische Grenze zu erreichen. Man glaubte, die Kolonne habe sich wirklich wieder nach Baden zurückgezogen. Jedenfalls ist der nördliche Odenwald gedeckt und das Operationskorps an der Bergstraße jetzt stark genug, um allen Eventualitäten zu begegnen und nach allen Seiten vorschreiten zu können."

Frankfurt a. M., den 1. Juni. Die Nachrichten, welche von der Hessisch-Badischen Gränze hierher gelangen, lauten allerdings höchst widersprechend, aber aus den bis jetzt veröffentlichten Berichten mit leise offizieller Färbung, aus der fortwährenden Absendung neuer Truppen, aus der Errichtung eines Militairlazareths für 200 Mann in unserer, dem derzeitigen Kriegsschauplatze doch noch ziemlich fernen Gegend, in Offenbach, und vor allen Dingen aus dem Umstand, daß man heute Morgen sogar zwischen hier und Darmstadt die Eisenbahn an verschiedenen Stellen in dem Maße beschädigt fand, daß eine Abtheilung Geschütz zurückkehren mußte, geht wohl deutlich genug hervor, daß nicht Alles so steht, wie es stehen sollte. Aus Frankfurt und dessen nächster Umgebung sind bis jetzt nach der Gränze abgegangen 1 Bairisches Jägerbataillon, 1 Mecklenburgisches Garde- und 1 desgl. Musketierbataillon, 1 Mecklenburgische Batterie und 1 Schwadron Dragoner, endlich 1 Darmstädtische Batterie und 2 Schwadronen Chevauxlegers. Dagegen ist gestern Abend abermals 1 Schwadron Mecklenburgischer Dragoner und heute Mittag das Kurhessische Bataillon, welches bisher die Taunus-Eisenbahn schützte, beide, um einstweilen die hiesige Garnison zu verstärken, eingerückt: das seither hier garnisonirende Oesterreichische Bataillon ist heute Morgen nach Mainz marschirt und dafür das auf den nahen kurhessischen Ortschaften kantonirende Bataillon eingetroffen. Die Garnison besteht somit wieder aus 6 Bataillonen, $3\frac{1}{2}$ Schwadronen und $1\frac{1}{2}$ Batterieen. Die Main-Neckar-Eisenbahn ist übrigens bereits an den beschädigten Stellen wieder in Stand gesetzt und für fernere Transporte fahrbar.

Frankfurt, den 1. Juni. Der Anfang des Gefechts vom 30. Mai geschah $\frac{1}{2}$5 Uhr Nachmittags bei Heppenheim, indem eine Schwadron badischer Dragoner die hessischen Vorposten überfiel und bis Heppenheim zurückwarf. Dort wurden die Angreifenden von den Geschützen der Fußbatterie unter Oberstlieutenant Lichtenberg empfangen und prallten ab. Während das 2. Bataillon des 2 großherzoglich hessischen Infanterieregiments hierauf den Kampf führte, eilte das erste Bataillon eben dieses Regiments, unter Oberst von Hannesse von Bensheim im Sturmschritt heran. Hemsbach

wurde, wesentlich durch Mithülfe der Fußbatterieen genommen, und die Aufständischen eilten über den Neckar zurück. Abends gegen ½9 Uhr war das Gefecht beendet, an welchem diesseits außer dem 1. und 2. Bataillon des 2 Infanterieregiments (woran eine Kompagnie fehlte, mit 2 Kompagnieen des 4. Regiments nach Kirchhausen abgeschickt, und das ebenfalls im Kampfe mit Freischaaren begriffen war) 1 Schwadron großherzoglicher leichter Reiter und ½ Batterie (4 Geschütze unter Lindner) reitender Artillerie Theil nahmen. Die Hessen zählten 9 Todte, worunter die Oberlieutenants Zimmermann und Hoffmann, 32 Verwundete, worunter Obeilieutenant v. Plönnies und 5 Beschädigte. (D. Z.)

Frankfurt, den 2. Juni. Nach einer Mittheilung aus glaubwürdiger Quelle wäre die Rückwirkung, welche die an der Bergstraße und im Odenwald erlittene Niederlage bei dem Badischen Militair nothwendig hervorbringen mußte, in rascher Entwickelung begriffen. Statt, wie den unglücklichen Badischen Soldaten vorgespiegelt worden war, von den Hessen mit offenen Armen empfangen zu werden, statt durch diese ihre Reihen verstärkt zu sehen, waren sie von denselben, aller Lockungen ungeachtet, als Feinde behandelt und zur Flucht gezwungen worden. Sie schrieen deßhalb über Verrath und warfen zum Theil ihre Waffen von sich, um sich, ungeachtet aller Gegenvorstellungen, in ihre Heimathen zu zerstreuen. Inzwischen soll sich doch ein starkes Corps Militair und Freischärler am linken Neckarufer gesammelt und Batterien errichtet haben, um die Gegend von Neuenheim bis Ladenburg zu bestreichen.

— Von dem Reichsminister des Innern geht der O. P. A. Z. folgende Erklärung zur Veröffentlichung zu, zu welcher sie die unten folgende Glosse macht: „In Nr. 128. und 129. der „O. P. A. Z." sind zwei Aktenstücke, welche telegraphische Mittheilungen zwischen dem Herrn Reichsverweser und der Königl. Preußischen Regierung enthalten, unbefugter und unberufener Weise veröffentlicht worden, und das letztere mit einer Einleitung, welche der Deutung Raum giebt, als ob diese Bekanntmachung auf amtlichem Wege veranlaßt worden sei. Das Reichsministerium findet sich deshalb bewogen, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß diese Nachrichten der Zeitung ohne sein Vorwissen zugegangen sind, und daß wegen des Bruches der Amtsverschwiegenheit, ohne welchen davon keine Abschriften hätten genommen werden können, die nöthige Untersuchung verfügt worden ist.

Frankfurt, den 2. Juni 1849. Dr. Grävell.

Die Red. der O. P. A. Ztg. erklärt hierauf: Die bezüglichen Artikel sind uns aus dem Reichsministerium zur Veröffentlichung zugesandt worden. Von unserer Seite ist durchaus nichts zur Veranlassung jener Veröffentlichung geschehen.

— Ganz gewiß ist es, daß General Peucker den Befehl gegeben hat, Worms wieder zu räumen, da er, so lange Rheinhessen im Uebrigen nicht besetzt ist, ein verhältnißmäßig kleines vorgeschobenes Truppenkorps nicht der Gefahr aussetzen will, von überlegenen Kräften von der nahen Grenze aus überfallen zu werden. Die Truppen sind demgemäß bereits abgegangen und Worms ist augenblicklich wieder im unbestrittenen Besitze der Pfälzischen Freischaaren.

Der Verkehr auf der Main-Neckar-Eisenbahn ist bis Darmstadt jetzt dem Publikum wieder eröffnet; um weiter bis Heppenheim, wo die Eisenbahnverbindung ganz aufhört, befördert zu werden, bedarf es eines Passes vom kommandirenden General. Alle zwei Stunden trifft übrigens ein Offizier mit den neuesten Nachrichten im hiesigen Generalstabe ein und werden zu diesen Kourierdiensten die vielen Badischen Offiziere verwandt, welche hierher geflüchtet sind. Gestern Abend sind mehrere Badische Soldaten, ein Dragoner, ein Trompeter, ein Scharfschütze und ein Musketier, die sich über die Grenze zu den Hessen geflüchtet hatten, hier angekommen. Sie haben ihre Flucht mit Lebensgefahr ins Werk gesetzt, eine Menge von Kugeln sauste ihnen nach und dem einen von ihnen ist der Arm von mehreren Kugeln getroffen. Aus ihren Berichten geht namentlich hervor, daß noch fast kein einziges Regiment der provisorischen Regierung geschworen hat. Noch möchte aus den letzten Gefechten an der Grenze zu erwähnen sein, daß die Badische Artillerie, deren Offiziere fast ohne Ausnahme flüchtig sind, beispiellos schlecht geschossen hat. Sie hat ihre Kanonen bunt durch einander mit Vollkugeln, Kartätschen und Shrapnel's geladen, aber kein einziger Schuß hat den geringsten Schaden gethan. Von Baierischen Abgeordneten erfuhr man gestern, daß denselben keine Diäten mehr ausgezahlt werden, was sie um so mehr überraschte, da die Baierische Regierung ihre Abgeordneten zur National-Versammlung noch nicht abberufen hat.

Leipzig, den 1. Juni. Die heutige Leipziger Zeitung enthält Folgendes: **An das Sächsische Volk.** Sachsen! Als ich in den ersten Tagen dieses Monats den dringenden Bitten Vieler unter euch widerstand und die unbedingte Annahme der von der Frankfurter Nationalversammlung berathenen Reichsverfassung ablehnte, da geschah dies nicht aus dynastischen Rücksichten, nicht deshalb, weil ich im einseitigen Sächsischen Interesse der großen Sache Deutschlands entgegentreten wollte, oder weil ich nicht persönlich zu jedem Opfer bereit gewesen wäre. Ich that es einzig und allein in der festen, wohlbegründeten Ueberzeugung, daß die Reichsverfassung in der Gestalt, in welcher sie aus der zweiten Lesung der Frankfurter Versammlung hervorgegangen war, nicht geeignet sei, die Einigkeit und das Glück des Deutschen Volks auf die Dauer zu begründen, daß sie überhaupt nicht mehr ausführbar sei, nachdem der mächtigste Staat Deutschlands, nachdem Preußen sie abgelehnt hatte. Es würde mir eine wohlthuende Beruhigung gewesen sein, hätte ich auf dem von mir gleich anfangs betretenen und fortwährend festgehaltenen Wege der Vereinbarung mit den übrigen Fürsten Deutschlands und der Nationalversammlung das große Ziel, die Aufrichtung des Deutschen Verfassungswerks, erreichen können. Die Nationalversammlung selbst hat dies unmöglich gemacht. Die Bemerkungen der Regierungen zu dem aus der ersten Lesung hervorgegangenen Verfassungsentwurfe wurden bei der zweiten Lesung fast gar nicht berücksichtigt, nicht einmal einer Berathung unterworfen, und dennoch beschloß die Nationalversammlung, die Verfassung endgültig festzusetzen und einseitig zu verkünden. Von diesem Augenblick an verließ die Nationalversammlung den rechtlichen Boden ihrer Existenz, denn ihre Mitglieder waren für das zwischen den Regierungen und dem Volke zu Stande zu bringende Verfassungswerk gewählt, also zur einseitigen Feststellung der Verfassung nicht berechtigt. Von diesem Augenblick an blieb kein Zweifel mehr, daß mit dieser Versammlung eine Vereinbarung über das Deutsche Verfassungswerk nicht zu erreichen sei. Es mußte daher, wollte man die Sache selbst, den Zweck nicht aufgeben, ein anderer Weg eingeschlagen werden, und ich habe, treu meinem Entschlusse, jedes Opfer zu bringen, was zu Deutschlands wahrem Wohle nothwendig wird, nicht gezaudert, diesen Weg zu betreten. Die Verfassung, die heute zur öffentlichen Kenntniß kommt, ist aus den Verhandlungen hervorgegangen, die in Berlin zwischen den Bevollmächtigten meiner Regierung und denen der Regierungen von Preußen und Hannover stattgefunden haben. Sie hält den Entwurf der Frankfurter Versammlung in den meisten Punkten fest und weicht von ihm nur da ab, wo es zum Wohle Deutschlands, zur Begründung einer starken Reichsgewalt und zur genauern Begrenzung ihrer Rechte den Einzelstaaten gegenüber unabweislich nothwendig war. Sie entspricht dem auch von mir lebhaft gefühlten Bedürfniß einer künftigen Einigung des Deutschen Vaterlandes, aber sie gestattet zugleich die freie Bewegung der selbstständigen politischen Gliederungen, welche eine tausendjährige Geschichte im Deutschen Reiche großgezogen hat, welche sich nicht mit Einem Federstriche vernichten lassen und welche mit der Gewalt der Naturkraft ein Gesetz beseitigen würden, das darauf ausginge, sie zu zerstören. Die Verfassung, welche die vereinigten Regierungen dem Deutschen Volke bieten, ist für mich mit bedeutenden Opfern verknüpft. Daraus, daß ich diese Opfer zu bringen mich bereit erkläre, wird mein Volk erkennen, ob ich den stürmischen Bitten desselben wegen Anerkennung der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung in selbstsüchtiger Absicht oder seines eignen Wohls wegen widerstanden habe. Es sind alle Staaten Deutschlands eingeladen worden, sich dieser Verfassung anzuschließen, welche einem demnächst auf Grund des vereinbarten Wahlgesetzes einzuberufenden Reichstage zur Zustimmung vorgelegt werden soll. Ich bin ihr beigetreten unter dem ausdrücklichen Vorbehalte der Zustimmung der Sächsischen Kammern, die nach §. 2. der Verfassungsurkunde vom 4. September 1831 hierzu nothwendig ist. Jetzt gilt es, daß alle wahrhaft deutsch gesinnten Männer Sachsens sich vereinigen, meine Regierung auf dem betretenen Wege, dem einzigen, der noch zu dem erstrebten großen Ziele führen kann, zu unterstützen. Festung Königstein, den 30. Mai 1849. Friedrich August. Dr. Zschinsky. Frhr. v. Beust. Rabenhorst. Frhr. v. Friesen. Behr.

Weimar, den 1. Juni. In der heutigen Sitzung des Landtags erschienen der Staatsminister v. Watzdorf und geh Staatsrath v. Wydenbrugk. Vor dem Uebergange zur Tagesordnung ergriff der Staatsminister v. Watzdorf das Wort und eröffnete dem Landtag folgendes: Die Mitglieder des Landtags würden wohl sämmtlich Kenntniß von dem wichtigen Actenstück genommen haben, welches in der gestrigen Nummer des Preußischen Staatsanzeigers hierher gelangt sei, nämlich von dem Entwurf einer deutschen Reichsverfassung, welchen Preußen in Verbindung mit Hannover und Sachsen den übrigen deutschen Staaten zur Annahme vorlege. In einer gestern in Weimar stattgehabten Ministerialkonferenz der Thüringischen Staaten über die deutsche Frage sei dieser Entwurf, welchen die Staatsregierung vorgestern amtlich erhalten, und zwar mit der Aufforderung der Preußischen Regierung, sich über die Annahme zu erklären, einer Prüfung unterworfen worden, ohne daß man jedoch zu einem bestimmten Resultate gelangt sei. Die Wichtigkeit der Sache erfordere gründliche Prüfung, und man wollte auch mit den übrigen die Reichsverfassung anerkennenden Staaten gemeinschaftlich handeln. Vorher sei eine bestimmte Erklärung der Staatsregierung nicht möglich. Ein definitiver Beschluß in der deutschen Sache würde aber nur mit Zustimmung des Landtages gefaßt werden. Das dem Landtage versprochene Decret über die deutsche Sache sei deshalb zurückgehalten worden, weil das Staatsministerum diese wichtige Frage in Anwesenheit sämmtlicher Glieder desselben, also des geheimen Staatsraths von Wydenbrugk, welcher jetzt von Frankfurt angekommen sei, habe berathen, und auch die Ergebnisse der Thüringer Ministerialconferenz in der deutschen Sache habe abwarten wollen, welche indessen ohne Einfluß hierbei geblieben wären. Der Preußische Entwurf einer Reichsverfassung würde dem Ausschusse für die deutsche Frage zugehen. Der Landtag hat bereits eine Reihe kleinerer Gesetze berathen, von denen mehre zur Ausführung der Grundrechte dienen. Ferner ist eine Revision des bereits seit einem Jahre bestehenden Ablösungsgesetzes beschlossen.

Stuttgart, den 5. Juni. (Schwäb. Merk.) In der gestrigen Sitzung der Stände-Versammlung wurden die Departements-Chefs bei ihrem Eintritt in das Ständehaus von dem dort zahlreich versammelten Publikum, insbesondere auch von der Bürgerwehr, mit lebhaftem Hoch empfangen. Die in Stuttgart anwesenden Mitglieder der ersten Kammer wurden zur Sitzung eingeladen, es ist aber keines erschienen.

Auf der Tagesordnung stand die Berathung des Berichts der Funfzehner-Kommission, betreffend eine Eingabe der am 27. und 28. Mai in Reutlingen gehaltenen Volks-Versammlungen (Berichterstatter Hölder). Die Kommission hat in Beziehung auf die Wünsche, welche die von der Reutlinger Volksversammlung hierher abgeordnete Deputation der Kammer der Abgeordneten vorgetragen hat, folgende Anträge gestellt: 1) Hinsichtlich des Wunsches wegen ungesäumter Anerkennung und thatkräftiger Durchführung des reichsgesetzlich bereits bestehenden Bündnisses mit allen Reichsländern — also auch mit Baden und mit der Rheinpfalz — geht der Antrag dahin: Im Hinblicke auf die früheren, unterm 2. und 21. d. M. beschlossenen Bitten der Kammer der Abgeordneten an die Regierung, die letztere um eine förmliche Zusicherung anzugehen, daß sie in Vollziehung des Beschlusses der Deutschen National-Versammlung vom 26. d. M., betreffend den Nauwerkschen Antrag, von ihrer Seite nach Kräften darauf hinwirken werde, um eine Verbindung derjenigen Regierungen, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, zur Wahrung der hierdurch entstandenen gemeinsamen Interessen herbeizuführen, jedenfalls aber sämmtlichen Reichsländern mit Einschluß von Baden und Rheinbaiern, im Falle eines Angriffs von Reichsfeinden, jede militärische Hülfe unter der Voraussetzung zu Theil werden zu lassen, daß die betreffenden Länder den durch ihre Anerkennung der Reichsverfassung übernommenen Pflichten in allen Beziehungen nachkommen. Die Minderheit der Kommission will jedoch die Worte „unter der Voraussetzung zu Theil werden zu lassen, daß die betreffenden Länder den durch ihre Anerkennung der Reichsverfassung übernommenen Pflichten nachkommen", wegzulassen. Der Berichterstatter erklärt, daß die Funfzehner-Kommission mit diesem Antrag fest auf dem Boden der Reichs-Verfassung stehe.

Der Kommissions-Antrag wurde mit einem Amendement Mack's, den Schluß des Antrag der Kommission folgendermaßen zu fassen: „Im Falle eines Angriffs von Reichsfeinden mit Einschluß von Baden und Rheinbaiern, sobald diese Länder den durch Anerkennung der Reichsverfassung übernommenen Pflichten in allen Theilen nachkommen, jede militairische Hülfe angedeihen zu lassen;" mit 45 gegen 33 Stimmen angenommen.

Betreffend den zweiten Wunsch der reutlinger Deputation wegen Rückberufung der Truppen von der badischen Gränze, und wegen Verweigerung des Ein- und Durchmarsches von Truppen, die nicht auf die Reichsverfassung beeidigt, insbesondere Nichteinlassung von solchen Truppen in die Festung Ulm: Trägt die Kommission darauf an, a) die Regierung zu bitten, sie möchte eine dem Beschlusse Nr. 1. entsprechende Dislokation der an der badischen Grenze stehenden Truppen vornehmen. b) Sie möge ohne Rücksicht auf einen etwanigen Befehl des gegenwärtigen Reichsministeriums Truppen, welche nicht auf die Reichsverfassung beeidigt sind, den Ein- und Durchmarsch durch das Land, insbesondere den Eintritt in die Reichsfestung Ulm nicht gestatten. Hinsichts des Antrags zu a) wurde auf Mack's Antrag der Gegenstand beruhen gelassen, da Staatsrath Römer am Anfang der Sitzung erklärt hatte, daß die fraglichen Truppen keine offensive Stellung haben, sondern nur zur Sicherung der Grenzen bestimmt, überdies von der Grenze wieder zurückgezogen sind. Der Kommissions-Antrag zu b) wurde mit 58 gegen 14 Stimmen abgelehnt, dagegen auf Schweickhardts Antrag mit der veränderten Fassung angenommen, daß der Durchmarsch von Truppen derjenigen Staaten, welche die Reichsverfassung nicht anerkannt haben, nicht gestattet, der Einmarsch aber (nach Ulm) nur so weit gestattet werden solle, als dies nicht in einem größeren als durch die bestehenden Verträge bestimmten Maße geschieht.

Bezüglich der dritten Bitte der Reutlinger, um alsbaldige Bewaffnung des ganzen Volks, beschließt die Kammer, die unterm 2. d. M. an die Regierung gestellte Bitte um schleunige Einberufung und Einübung der zur Verfügung des Kriegsministeriums gestellten Landwehr-Mannschaft aufs dringendste in Erinnerung zu bringen.

Was den dritten Antrag auf sofortige öffentliche und feierliche Beeidigung des Heeres, sowie aller weltlichen und geistlichen Beamten auf die Reichsverfassung, und den fünften Antrag wegen Ertheilung einer Amnestie für alle politisch Angeschuldigten oder Gefangenen vom Civil und Militär betrifft, so wurde in erster Hinsicht gegen die Regierung die Erwartung ausgedrückt, daß in den nächsten Tagen der diesfallsigen frühern Bitte der Kammer werde entsprochen werden, in letzter Hinsicht wurde die von der Kammer in gleicher Richtung bereits gestellte Bitte wiederhult. Was schließlich den Antrag auf unverzügliche Einberufung einer verfassunggebenden Landesversammlung nach dem Reichswahlgesetze betrifft, so wurde darüber zur Tagesordnung übergegangen, weil das Wahlgesetz berathen ist und dessen Verkündigung in naher Aussicht steht.

— In **Würtemberg** nimmt die Bewegung immer mehr einen zur Krisis hindrängenden Charakter an, wie nachstehende Berichte aus verschiedenen Ortschaften des Landes darauf hindeuten:

In Oberndorf fand am 28. Mai die angekündigte Volksversammlung auf dem freien Platze nächst der Stadtkirche von 3—4000 Menschen besucht, welche meist in militärischer Ordnung eintrafen und wieder abgingen, statt. Das Hauptthema war: fester Anschluß an die fünf Punkte, welche in Reutlingen vorgeschlagen werden sollen. Sollten dieselben von dem gegenwärtigen Ministerium (dem gerade keine Rosen gestreut wurden) nicht angenommen werden, so bliebe nichts übrig, so wurde sich ausgesprochen, als auf den Ruf einer moralischen Gewalt zu den Waffen zu greifen.

München, den 1. Juni. Der „Volksbote" hat bis heute 271 Adressen registrirt, welche aus den Provinzen gegen unbedingte Annahme der deutschen Reichsverfassung hier eingelaufen sind. Die Unterschriftenzahl ist durchschnittlich sehr niedrig, und es sind (mit Ausnahme der Residenzstadt, wo gegen 14,000 Unterschriften gegen die Reichsverfassung wie sie ist, sich erklärten) meist nur kleinere Landstädtchen, Flecken und Dörfer, aus welchen jene finstern Manifestationen gekommen. Es wäre daher sehr zu wünschen, daß anderseits auch die liberalen Blätter eine Zusammenstellung der für die deutsche Reichsverfassung sich aussprechenden Adressen sammt der Zahl der Unterschriften bekannt geben möchten, um daraus den Schluß ziehen zu können auf welcher Seite denn nun eigentlich die Mehrheit sich befindet. Die aus der Deutschen const. Zeitung in mehrere hiesige Blätter übergegangene Angabe, als seien den Pfälzer Abgeordneten die Reisevergütungen vorenthalten worden, ist gänzlich unbegründet; ein solches Verfahren wäre ja an sich schon baare Unmöglichkeit, da die in Rede stehenden Abgeordneten noch zur Zeit de jure wie de facto Mitglieder unserer Volkskammer sind, indem die Beanstandung ihrer Legitimationen bis jetzt nur als Anfrage der Minister vorliegt, und ein Entscheid der Kammer selbst bekanntlich noch nicht zu Stande gekommen ist. (A. Z.)

München, den 1. Juni. Ueber Das, was die Baierische Regierung bezüglich der von der Berliner Konferenz beschlossenen Reichsverfassung zu thun beabsichtigt, zirkuliren heute die verschiedensten, sich widersprechenden Gerüchte. Nach den Einen beharrt dieselbe auf dem Direktorium und will dieser Verfassung überhaupt nur beistimmen, wenn das Wiener Kabinet sie gleichfalls annimmt, und man bringt hiermit die Aufstellung eines Oesterreichischen Armeekorps in Tyrol und Vorarlberg in Verbindung; nach den Andern hätte Baiern seinen Beitritt zur Berliner Verfassung beschlossen, sonach namentlich das Direktorium fallen lassen und stimme

der Preußischen Reichsvorstandschaft bei. Diejenigen, welche dies behaupten, setzen hinzu, daß es dem Bemühen der ganzen Königlichen Familie zuzuschreiben sei, daß der König den desfallsigen Vorschlägen des Gesammtministeriums beigestimmt habe. Ein drittes Gerücht dagegen will wissen, man habe bis heute noch keinen bestimmten Entschluß gefaßt, sondern erwarte erst noch Mittheilungen aus Wien. (N. C.)

Kaiserslautern, den 31. Mai. Das Amts- und Intelligenzblatt der provisorischen Regierung der Rheinpfalz enthält heute ein Dekret, wodurch unterm 26. Mai im Namen des Pfälzischen Volkes der Bürger General Sznayde mit der Organisation der Pfälzischen Volkswehr beauftragt und vorläufig zum Ober-Kommandanten der gesammten Streitmacht in der Rheinpfalz ernannt wird. Ein Tagesbefehl desselben vom 30. Mai befiehlt: „Um die möglichste Gleichmäßigkeit in die Kleidung der Offiziere zur nöthigen Erkennung sofort zu bringen, bestimme ich vorerst als Kleidung für dieselben blaue Blousen, im Fall denselben nicht bereits eine andere regelmäßige Uniform zugetheilt ist. Zur Bezeichnung ihrer Grade haben sie sämmtlich, abgesehen von ihren bisherigen Abzeichen, folgende anzunehmen: Lieutenant und Unter-Lieutenant eine schwarz-roth-gelbe Binde um den rechten Arm; Capitaine und Compagnieführer eine dergleichen um den linken Arm; Bataillons-Chefs und Kommandanten mehrerrr Kompagnieen eine desgleichen um die Hüften; Brigadiers und Kommandanten mehrerer Bataillone von der rechten Hüfte über die linke Schulter. Sämmtlich haben sie ferner einen Säbel an einem schwarzen ledernen Gürtel um die Hüften zu tragen und eine Mütze oder Hut, je nachdem ihre Mannschaft mit dem einen oder anderen bekleidet ist."

Eine Bekanntmachung der provisorischen Regierung setzt den Preis des Salzes in den Salzmagazinen vom 4. Juni an um 25 Prozent herab.

Kaiserslautern, den 31. Mai. Die Beeidigung der Beamten auf die Reichsverfassung und die provisorische Regierung geht ihren geregelten Gang fort. Eben läuft die Meldung ein, daß auch sämmtliche Staats- und Gemeindebeamten des Kantons Rockenhausen den Eid geleistet haben.

Gleichzeitig mit der Wormser Affaire bestand Major Willich ein Gefecht mit einem Theile der Germersheimer Garnison, welcher einen Ausfall gemacht und die Dörfer Lingenfeld und Westheim besetzt hatte. Willich vertrieb mit 150 Mann Studenten und Turnern die Feinde aus ihren Positionen und tödtete ihnen 4 Mann, ohne selbst einen Verlust zu erleiden. — Um das von Germersheim aus bedrohte Speyer zu decken, ist die dortige Pfälzische Garnison durch ein Bataillon Badischer Infanterie, eine Abtheilung Badischer Kavallerie und 2 Kanonen verstärkt worden. — Ingleichen sind am 29. Nachmittags 3 Uhr 4000 Mann Badischer Truppen mit 3 Batterien Artillerie nach Worms aufgebrochen, um diese Stadt den Hessen zum zweiten Male abzunehmen und dann weiter nach Darmstadt zu rücken.

Karlsruhe, den 28. Mai. Ueber das Resultat der Sitzung der würtembergischen zweiten Kammer am 31. Mai, deren Verhandlungen wir nachstehend ausführlich mittheilen, berichtet die Augsb. allg. Zeitung in folgender Weise: In einer achtstündigen Sitzung, die von Morgens 10 bis Abends 6 Uhr andauerte, hat heute unsere Kammer den Bericht der Fünfzehner-Kommission über die Wünsche (Forderungen) der Reutlinger Volksversammlung berathen. Die Bürgerwehr hatte dieses Mal nicht allein das Ständehaus, sondern auch die Straßenzugänge zu demselben besetzt. Alles in und außer dem Hause ging auch in größter Ruhe und Ordnung vorüber, unerachtet Aengstliche prophezeit hatten, daß es nicht ohne Ruhestörung vorübergehen werde. Die Minister, welche von dem die Reutlinger Versammlung veranstaltenden Volksverein und Landes-Ausschuß fortwährend angefeindet werden, wurden bei ihrem Kommen und Gehen vor dem Ständehaus mit lebendigem Hoch begrüßt. Die Forderungen wurden theils abgelehnt, theils bedeutend modifizirt, so daß man sagen kann, der legale Ausdruck der öffentlichen Meinung des Landes habe sich gegen die Reutlinger Verlangen erklärt. Bei der Hauptabstimmung erklärte selbst der Abgeordnete der Stadt Reutlingen in seinem motivirten Votum, daß diese Stadt durch alle Schichten ihrer Bewohner hindurch sich gegen diese Volksversammlung und ihre Beschlüsse ausgesprochen habe.

Karlsruhe, den 31. Mai. Die heutige „Karlsruher Zeitung" bringt in ihrem amtlichen Theile den Wortlaut des zwischen dem Landesausschuß von Baden und der provisorischen Regierung von Rheinpfalz abgeschlossenen Vertrages. (Er heißt: 1) In militairischer Beziehung bilden Baden und Rheinpfalz ein Land. 2) Das Badische Kriegsministerium wird fürs erste als das gemeinschaftliche beider Länder betrachtet. 3) Alles Brückengeld auf Brücken, welche Baden und Rheinpfalz verbinden, wird sofort abgeschafft. Die Entschädigung von privatrechtlichen Ansprüchen bleibt vorbehalten, und die Kosten der Unterhaltung und Wiederherstellung der Brücken werden für die Zukunft von beiden Ländern gemeinschaftlich und gleichheitlich getragen. 4) Die Einwohner beider Länder werden in allen Beziehungen so angesehen, als gehörten sie ein und demselben Staate an. Karlsruhe, den 17. Mai. 1849. Der Landesausschuß. Junghanns. G. Struve. Damm. Stark. Steinmetz. Cordel. Degen. Genehmigt Kaiserslautern, den 18. Mai 1849. Die provisorische Regierung der Rheinpfalz Reichard. Greiner. N. Schmidt. Hepp. Fries.

Der Civil-Kommissar von Mannheim, Florian Mördes, ist durch v. Trützschler aus Dresden, das bekannte Parlamentsmitglied, und Schütz in der Pfalz durch Fröbel ersetzt worden, da Schütz sich einer andern wichtigen Mission unterziehen mußte. Der in einigen Blättern verbreiteten Nachricht, daß Arnold Ruge von der badischen Regierung mit einem diplomatischen Auftrage betraut worden sei, können wir direkt widersprechen. Ruge ist auf eigene Faust nach Paris gereist.

Heidelberg, den 25. Mai. Das akademische Directorium hat folgende Erklärung erlassen: „In der Oberpostamts-Zeitung vom 25. d. M. wird nach der Darmstädter Zeitung berichtet, die Heidelberger Professoren hätten sich großentheils nach Auerbach geflüchtet. Auch in anderen Blättern wurden in diesen Tagen mit gewissenloser Leichtfertigkeit, wo nicht absichtlich, ähnliche Nachrichten verbreitet. Zur Steuer der Wahrheit erklärt die unterfertigte Behörde, daß mit Ausnahme des Honorarprofessors Dr. Gervinus, welcher für dieses Halbjahr gar keine Vorlesungen angekündigt hatte, sodann des außerordentlichen Professors Dr. Häusser und der Abgeordneten zur Nationalversammlung Prof. ord. Dr. R. Mohl und Prof. extraord. Dr. Hagen sämmtliche ordentliche und außerordentliche Professoren bis heute ununterbrochen ihre Vorlesungen an der Universität gehalten haben und keiner derselben von hier geflohen ist. Die Vorlesungen werden wie alljährlich nur über die Pfingfeiertage vom 27. bis zum 30. d. M. ausgesetzt werden und von hier an nach wie vor ihren regelmäßigen Fortgang haben. Den Störungen, welche bei einzelnen Vorlesungen durch das Beiziehen von Professoren zum Dienste in der Bürgerwehr stattgefunden hatten, ist durch die sofortige Verständigung des Prorectors mit dem städtischen Gemeinderath für die Zukunft vollständig vorgebeugt.

Freiburg, den 29. Mai. Gestern Abend ist abermals eine Abtheilung des unter Böning zu bildenden Freikorps aus der Schweiz hier angelangt. Etwa 200 Mann stark zogen diese Leute unter Vorantragung einer schwarz-roth-goldnen Fahne und in militärisch geordneten Reihen in unsere Stadt ein und wurden in der Wiehre einquartiert. Man erwartet noch eine oder die andere Abtheilung, um dann das ganze Korps auf den Kriegsfuß zu setzen. Mit der Organisation der Volkswehr geht es im Oberland rasch voran; nur zeigt sich hie und da noch nicht der erforderliche Vorrath an Waffen. In Kürze wird ein imposantes streitbares Korps von Volkswehrmännern beisammen sein.

Wien, den 1. Juni. Verläßlichen Berichten aus Oedenburg zu Folge, werden 21,000 M. russischer Truppen heute ein Lager bei Margarethen nächst Oedenburg beziehen, und in die Städte Güns, Oedenburg und Eisenstadt russische Garnisonen kommen. Dieses Armeekorps soll den rechten Flügel der operirenden kk. Truppen decken. Man erzählt sich hier nachstehende Anekdote von dem Insurgentengeneral Bem, welche einen interessanten Beitrag zur Biographie dieses berüchtigten Helden liefern dürfte. Bem soll schon seit vielen Jahren Todesahnungen haben. Seit mehr als 20 Jahren giebt er das Jahr 1850 als sein Lebensziel an. Während seines Aufenthalts in Paris speiste er einst bei dem nordamerikanischen Gesandten. Das Gespräch kam auf Ahnungen. Der Gesandte lachte darüber. Bem aber erklärte ganz ernsthaft, daß er daran glaube. In seinem 20. Jahre habe er dreimal sein Grab mit einem Grabsteine, welcher seinen Namen und die Jahreszahl 1850 enthielt, gesehen. In Siebenbürgen erhielt Bem mehrere gefährliche Wunden. Der Arzt äußerte sein Bedenken. Bem erwiderte ganz ruhig: er habe noch ein Jahr zu leben. Auf die Wahrheit dieser Ahnungen vertrauend, geht Bem in den Schlachten unter dem heftigsten Kugelregen furchtlos auf und ab und versichert, seine Kugel, die ihn tödtlich treffen würde, werde erst im Jahre 1850 kommen. — Der Kaiser hat sämmtliche kommandirende Generäle aus den Provinzen zu einem Kriegsrathe nach Wien berufen. Mehrere derselben sind heute bereits hier angekommen.

— Ein über Vesprin von Pesth hier angekommener Reisender ist der Ansicht, daß die Erstürmung Ofen's den Magyaren 4—5000 Mann gekostet habe. Derselbe erzählt, daß die Magyaren viele Verhaftungen vornehmen.

— Der Kaiser hat die hier seit längerer Zeit berathenden Bischöfe in feierlicher Audienz empfangen. Dieselben haben hierbei den Zweck ihrer Versamnlung dahin ausgesprochen, die katholische Gesinnung zu stärken und zu beleben und zu diesem Ende alle Einrichtungen, durch welche die katholilche Kirche für Glauben, Frömmigkeit und Pflichttreue Sorge trägt, in unbeirrter kraftvoller Wirksamkeit zu erhalten. Der Kaiser sprach in seiner Antwort mit kurzen Worten seinen Dank für die bezeugte Gesinnung und sein Vertrauen zu den zu pflegenden Berathungen aus, indem er zugleich auf die Reichsverfassung hinwies, welche der Kirche die ihr gebührende Stellung zuweise. — Seit einigen Tagen cirkuliren hier Gerüchte von Aufhebung einiger Klöster, Dominikaner, Franziskaner, Minoriten u. a. m. zu Gunsten des Religionsfonds, dessen bedeutende Passiva man mit dem Verkauf der Klostergüter decken will. Natürlich kann man dieses Gerücht, das sich sonderbarer Weise mit der Restauration der Ligourianer und der Aufrechthaltung der Klosterschulen verbindet, nicht verbürgen.

Wien, den 2. Juni. Noch immer erhält sich das Gerücht, daß der F.-M. Radetzki binnen Kurzem hier eintreffen werde. Man glaubt, daß dies erst nach dem Falle der stolzen Lagunenstadt Venedig geschehen und der Marschall die Schlüssel derselben Sr. Majestät persönlich überreichen werde.

— Die „Wiener Zeitung" enthält im nichtamtlichen Theil einen längeren Bericht über die Erstürmung Ofens. Es wird darin namentlich ausgeführt, daß Ofen eine sehr schwache Festung sei, daß man sich bei der Zurücklassung eines Corps daselbst fast nur darauf verlassen habe, daß die Magyaren Pesth nicht der Gefahr einer Beschießung aussetzen würden, und endlich wird der Fall der Festung allein dem Verrathe des Bataillons Ceccopieri zugeschrieben, welches den stürmenden Feinden sogar durch hinabgelassene Stricke Hilfe leistete.

Wien, den 2 Juni. (Schl. Z.) Nachrichten von der Varasdiner Grenze vom 26. Mai melden, daß die Magyaren aus dem Sumegher Comitat die Deutschen und Kroaten haufenweise mit Stricken gebunden und gefesselt wie Schlachtopfer an die Grenzen treiben. Ueberhaupt kennt der Uebermuth der Magyaren dort kein Maaß. Unter den Gefangenen, die von K. K. Truppen nach Gradiska transportirt wurden, befinden sich auch mehrere Gastwirthe und Bürger von Fünfkirchen, welche in letzterer Zeit die dort einquartierten Grenzer vergiften wollten. Die „Wiener Zeitung" führt in einem Detailbericht über die Erstürmung von Ofen nach der Aussage mehrerer verläßlicher Unteroffiziere und Soldaten der Besatzung, die sich verkleidet retteten, an, daß seit den 17. Mai die Magyaren im Einverständniß mit der in der Festung befindlichen Mannschaft des Bataillons vom italienischen Regiment Ceccopieri gehandelt hätten. — Ein Brief aus Venedig versichert, daß sich daselbst alle fremden Legionen geweigert haben, gegen die K. K. Truppen weiter zu kämpfen, daher mit Zuversicht erwartet werden könne, daß die erste Kugel, welche die Stadt selbst erreichen werde, ein Signal unbedingter Unterwerfung sein dürfte. Ueber die Einnahme des Forts St. Giuliano, zwischen Malghera und Venedig wird verläßlich berichtet: „Als Malghera von den K. K. Truppen genommen war, wurde das Fort St. Giuliano sogleich verlassen und unsererseits besetzt. Alle Kanonen des Forts waren vernagelt, nur eines der Geschütze stand aufrecht, mit der Richtung gegen Venedig. Ein Offizier feuerte diese Kanone ab, wodurch sich das am Boden absichtlich zerstreute Pulver und gleichzeitig eine unterhalb befindliche Mine entzündete, was zur Folge hatte, daß das ganze Fort sammt der Mannschaft in die Luft flog. 12 Offiziere und 20 Mann wurden ein Opfer dieses unerwarteten Ereignisses.

Brünn, den 31. Mai. Wegen der zahlreichen Ungarischen Emissäre, welche die an Ungarn gränzenden Bezirke Mährens und Schlesiens zum Aufstande reizen, so wie aus strategischen Rücksichten, wurden die Kreise Prerau, Teschen und Hradisch in Kriegszustand versetzt. Bei Brünn selbst soll ein Reserve-Korps im Herbst ein Lager beziehen; für jetzt werden hier nur starke Truppen-Cantonnements stattfinden.

Hradisch, den 26. Mai. Die Russen verweilen nicht mehr bei uns; heute ist die ganze hier stationirte Armee nach Ungarisch-Brod aufgebrochen, von wo sie weiter marschiren wird, um am 28. in Trentschin einzutreffen. Um 6 Uhr früh stellten sich die 4 Bataillone am Ring in Reih und Glied auf, der Geistliche öffnete den Altar, welchen er auf eignem Wagen mit sich führt, die Offiziere traten näher hinzu. Nachdem die Ceremonie beendet war, wurde den Offizieren das Kreuz zum Küssen gereicht, und sie mit heiligem Wasser geweiht. Dann schritt der Geistliche zu den einzelnen Bataillonen und bespritzte die Einzelnen nach links und rechts mit dem geweihten Wasser, bis er auf diese Weise alle Reihen der Bataillone durchgegangen. Dieselben Ceremonien fanden auch am andern Ringe beim zweiten Regimente statt. Um 6 Uhr marschirte das erste Bataillon und hinter ihm einige Geschütze auf der Straße nach Ungarisch-Brod ab, dann folgte das zweite Bataillon wieder mit einigen Geschützen u. s. f., bis zuletzt die Bagagewagen abfuhren.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 3. Juni. Gesetzgebende Versammlung. Sitzung vom 2. Juni. Dieselbe findet im Saale der alten Deputirtenkammer statt, da der provisorische Saal reparirt wird. Die Deputirtenkammer war aber nur für 459 Mitglieder berechnet, daher man Nothsitze errichten mußte, die gewaltig eng sind. Man sitzt wie in einem Backofen, hofft indeß, daß diese Plage nur acht Tage dauern werde. Keratry, Alters-Präsident, eröffnet um 1½ Uhr die Sitzung mit einer Rede, von der nur wenige Worte zu verstehen sind. Er wünscht der Kammer Glück, daß sie Dupin zum Präsidenten gewählt habe. Dupin, mit rothem Bande und dem großen Ordensstern auf der Brust, erscheint auf dem Büreaugerüste. Beide Präsidenten umarmen sich. Dupin, den Stuhl einehmend, hält ebenfalls eine Rede. Er dankt dem Alters-Präsidenten für seine großen Dienste und fühlt sich geschmeichelt, ihm im Vorsitze zu folgen. Zum Glücke sei die Amtsdauer nur kurz (ein Monat), denn wenn auch der Posten schmeichelhaft, sei er doch sehr anstrengend. „Ich hoffe", schließt der Redner, „alle Parteien werden es mir möglich machen, ihn zu erfüllen. Was mich betrifft, so will ich alle Kräfte aufbieten, um mit möglichster Unpartheilichkeit Ordnung und Ruhe zu handhaben. Eben so will ich (zur Linken gewandt) jeden Versuch zur Unordnung unterdrücken." Stimmen links: Sprechen Sie doch zur ganzen Versammlung! Dupin wendet sich um und vollendet seine Rede mit dem Rufe: Es lebe die Republik! Der ganze Saal stimmt in den Ruf ein. Ein Theil ruft: Es lebe die democratische Republik! Die Versammlung geht wieder zu den Vollmachtsprüfungen über. Odilon Barrot unterbricht die Debatte. Er verliest die verschiedenen Dekrete, welche die Demission zweier Minister annehmen und neue an ihre Stelle setzen. Er liest: Odilon Barrot, Conseils-Präsident und Justiz-Minister, (Ah, ah!); Duffaure, Inneres; von Tocqueville, Auswärtiges; Rulhières, Krieg. (Oh, oh!) Dupin: Ich bitte Sie, ruhig zu sein! Barrot fortfahrend: von Falloux, Kultus und Unterricht. (Lärm vom Berge, rechts Bravos.) Dupin vermahnt wiederholentlich zur Ruhe. Barrot liest weiter: Passy, Finanzen; von Tracy, Marine; Lacrosse, öffentliche Arbeiten; Lanjuinais, Handel. Einige Aufregung folgt dieser Mittheilung.) Barrot: „Gleichzeitig benachrichtige ich die Versammlung, daß ihr der Präsident der Republik am nächsten Montag eine Botschaft zustellen wird." Die Vollmachtsprüfung wird fortgesetzt. Es erfolgte dann noch die Wahl eines Quästors der Kammer, die auf General Leflo fiel. Gegen 7 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Großbritanien und Irland.

London, den 2. Juni. In der gestrigen Unterhaus-Sitzung zeigte Lord J. Russell an, daß der Kanzler der Schatzkammer am 15. d. M. das Budget vorlegen werde. Einem Gerücht, daß in der Irländischen Grafschaft Mayo ein dort vom Meer ausgeworfener Leichnam von der hungerleidenden Bevölkerung verzehrt worden sei, wurde vom Premier-Minister widersprochen. Das Haus bewilligte dann die verlangten Summen für die Besoldungen im Schatz-Departement und verwarf den Antrag Henley's, die Gehalte der oberen Beamten um 10 pCt. herabzusetzen, mit 84 gegen 33 Stimmen. Auch die Gelder für die Regierung der Insel Labuan und mehrere Posten der Veranschlagungen für die Gesandtschaften und Konsulate wurden bewilligt.

— Bei Lloyds ist die traurige Nachricht eingegangen, daß das Auswandererschiff „Hannah", welches mit 200 Menschen an Bord am 3. April von Newry in Irland auf dem Wege nach Quebeck abgefahren, am 29. desselben Monats in der Amerikanischen Küste im Eis gescheitert ist. Der größere Theil der Passagiere wurde halb erfroren durch ein anderes Schiff gerettet; aber 50 bis 60 Menschen kamen theils im Wasser, theils durch Erfrieren auf dem Eisfelde, wohin sie sich gerettet, um.

Spanien.

Madrid, den 25. Mai. Briefe aus Granada vom 20. April berichten von einem bedeutenden Erdbeben, das an diesem

Tage daselbst verspürt wurde. Dies geschah Morgens um 5 Uhr, wo man einen Erdstoß empfand, der heftiger war, als alle die, welche alljährlich vorzukommen pflegen. Er währte länger als dreißig Sekunden, und war nicht allein oscillatorisch, sondern die Bewegung erfolgte von unten nach oben. Von Verlust an Menschenleben hört man nichts: dagegen haben die Gebäude sehr gelitten, mehrere derselben haben große Risse bekommen und einzelne Wände sind eingestürzt. In Santafé, Atarfe, Albolote und Cogollos (westlich von Granada) hat man das Erdbeben ebenfalls gespürt, und hat es dort noch größere Verwüstungen angerichtet: in Santafé sind einige Häuser eingestürzt und andere so beschädigt, daß sie niedergerissen werden müssen. Der Spatziergang in der Alhambra (Granada) war am Morgen des 20. sehr belebt, indem Jedermann ins Freie eilte, aus Furcht, daß der Erdstoß sich erneuern möchte. Der Tag war schwül und die Luft mit elektrischen Stoffen geschwängert.

Dänemark.

Kopenhagen, den 1. Juni. (H. C.) Gestern wurde im Reichstage eine Botschaft über die Königliche Civilliste verlesen, wodurch alle Schlösser und öffentliche Sammlungen, das Theater rc. für Staats-Eigenthum erklärt werden. Die Civilliste ist auf 300,000 Sp. Thlr. angesetzt. Wie viel Holstein und Lauenburg beitragen soll, ist vorbehalten.

Belgien.

Brüssel, den 3. Juni. Herr Arntz, ehemaliger Professor an der freien Universität zu Brüssel und nachher Preußischer Abgeordneter für die National-Versammlung und für die zweite Kammer, ist wieder nach Brüssel zurückgekehrt.

Schweiz.

Luzern, den 29. Mai. (Luz. Bl.) Mit der Revision der Leuen-Prozedur ist es nun einmal zu einem Schlusse gekommen, allein zu einem ganz anderen, als sich vielleicht einige Herren gedacht haben mochten. Die Herren Staats-Anwalt Knüsel und Verhörrichter zur Gilgen, welche mit diesem Geschäfte betraut worden waren, konnten keinen Selbstmord herausfinden, ihr Antrag gegen Anton Müller, Bruder des hingerichteten Mörders, als intellektuellen Urheber des Mordes, geht auf zwanzigjährige Kettenstrafe.

Locales rc.

A Schildberg, den 4. Juni. Am 20. v. M. erhielt die hier und im Kreise stationirt gewesene Kompagnie des 7. Inf.-Reg. des Abends unerwartete Ordre zum Abmarsch nach Ostrowo und resp. Krotoschin, woselbst sich das ganze Bataillon versammelt hat. Wie es hieß, sollte das 7. Regiment ganz zusammengezogen und nach einem andern Schauplatze hin dirigirt werden. — Der Lehrer in Kierzno rang die Hände, als das Commando aus dem rebellischen Dorfe abzog; denn wenn auch nun weiter kein offener Exzeß, wie früher zu befürchten sein dürfte, so ist eine geheime Rache um so eher zu vermuthen. Möchte doch der bedauernswerthe Lehrer recht bald versetzt werden! — Das Militär dagegen dankte seinem Schöpfer, und sah die Marschordre für eine wahre Erlösung an. Die Mannschaften fühlen sich zumeist schon ganz entkräftet, da sie die ganze Zeit hindurch mit wenigen Ausnahmen, nur von Kartoffeln, Kraut und Milch zu leben genöthigt waren; dennoch diese dürftige Kost theuer genug bezahlen mußten. Die Unfreundlichkeit der Bauern soll wirklich weit gegangen sein und selbst Landwehrmänner zeichneten sich hierin aus. — Der polnische Bauer ist gegen Alles, was nicht einen reinen polnisch-katholischen Zuschnitt hat: das sind unverkennbare Resultate der Liga-Bestrebungen. —

Die Königl. Verordnung zur Wahl der zweiten Kammer hat hier einen Eindruck gemacht, von dem wir glauben, daß er an sehr vielen Orten derselbe sein werde. Bauern, aus verschiedenen Dörfern, haben sich dahin ausgesprochen, daß sie am liebsten gar nicht mehr wählen würden, da dies schon zweimal vergebens geschehen sei. „Der König habe ja seine Minister, die ihn berathen; wozu der Rathgeber noch mehr;“ Von einer Theilnahme seitens des Volkes an der Gesetzgebung rc. hat unser Bauer keine Vorstellung. „Möchte der König doch ohne Weiteres (bez wszystkiego) die nöthigen Gesetze erlassen. Was nütze ihnen (den Bauern) auch eine neue Wahl? Von ihnen komme doch keiner in die Kammer, damit ihr Interesse wahrgenommen würde.“ Denn daß es andere thun, glaubt man nicht; ja man hält es, in schmutziger Eigennützigkeit und gesinnungsloser Engherzigkeit, Rohheit und Unwissenheit, gar nicht für möglich, selbst wenn Resultate vorliegen. Der gewöhnliche Bauer hier zu Lande denkt nur an Abgabenfreiheit, wenigstens Verminderung, Schulen schließen, Herrschaften vertreiben und Aehnliches. — Hinsichts der Wahl meinten andere, daß, wenn sie doch noch einmal wählen sollten, unter allen Umständen die früher Gewählten durchgebracht werden müßten, also Lipski, Potworowski, Lisiecki, da sie ja keine Ursachen hätten, mit diesen unzufrieden zu sein. Wie aber der dem Reglement combinirte Wahlact auf unsern Dörfern ohne Formfehler werde ausgeführt werden, sind wir sehr gespannt, zu erfahren.

Berliner Börse.

Den 5. Juni 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld
Preussische freiw. Anleihe	5	—	101¼
Staats-Schuldscheine	3½	78⅜	—
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	100½	100
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	98¾	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	84⅓	83⅚
Grossh. Posener "	4	—	96¾
" "	3½	—	80
Ostpreussische "	3½	90	89¼
Pommersche "	3½	93⅛	92⅝
Kur- u. Neumärk. "	3½	93⅛	92⅝
Schlesische "	3½	—	—
" v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	88	—
Friedrichsd'or	—	13⅔	—
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	13⅙	12⅖
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	78
" Prioritäts-	4	86½	—
Berlin-Hamburger	4	—	58½
" Prioritäts-	4½	91¼	90¾
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	52½
" " Prior. A. B.	4	—	83
" " "	5	—	93
Berlin-Stettiner	4	—	88
Cöln-Mindener	3½	—	76
" Prioritäts-	4½	—	92¼
Magdeburg-Halberstädter	4	—	117
Niederschles.-Märkische	3½	—	70⅞
" Prioritäts-	4	—	85¾
" "	5	—	98½
" " III. Serie	5	—	93
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	93¼	93
" " B.	3½	93¼	93
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	49½	—
Stargard-Posener	3½	70½	70⅜

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.

Stadt-Theater in Posen.

Donnerstag den 7ten Juni: Zweite Gastvorstellung der Frau Pecci-Ambrogio und des Hrn. Ambrogio, erste Solotänzer vom Hoftheater zu Dresden: Der Kurmärker und die Picarde; Genrebild in 1 Akt von L. Schneider. (Die Picarde: Frau Pecci-Ambrogio.) — Hierauf: Eigensinn; Lustspiel in 1 Akt von R. Benedix. — Zum Schluß zum Erstenmale: Des Malers Traumbild; Ballet in zwei Tableaux von Giovanni Ambrogio, Musik von Cesare Pugni.

Bekanntmachung.

Nach Artikel 1. der Verordnung vom 30. Mai c. haben sich die Urwähler für die zweite Kammer am 17. Juli c. zur Wahl der Wahlmänner zu versammeln.

Nach §. 10. der Verordnung vom 30. Mai c. über die Ausführung der Wahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer werden die Urwähler nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staatssteuern (Klassensteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer) in 3 Abtheilungen getheilt und zwar in der Art, daß auf jede Abtheilung ein Drittheil der Gesammtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler fällt. Wo weder Klassensteuer noch klassifizirte Steuer auf Grund der Verordnung vom 4. April 1848 erhoben wird, tritt — gemäß §. 11. Verordnung vom 30. Mai c. — die in der Gemeinde zur Hebung kommende direkte Kommunal-Steuer an Stelle der Klassensteuer. Nach §. 13. der Verordnung sind die zur Zeit noch von der Klassensteuer und direkten Kommunalsteuern befreiten Urwähler in diejenige Abtheilung aufzunehmen, welcher sie angehören würden, wenn die Befreiungen bereits aufgehoben wären, und nach §. 5. des Reglements vom 31. Mai c. müssen steuerfreie Urwähler, welche auf Grund des §. 13. der Verordnung ihr Stimmrecht auszuüben wünschen, der Behörde, welche die Urwählerliste aufstellt, innerhalb einer von derselben festzusetzenden und bekannt zu machenden Frist die Grundlagen der für sie anzustellenden Steuerberechnung an die Hand geben.

In der hiesigen Gemeinde wird weder Klassensteuer noch klassifizirte Steuer auf Grund der Verordnung vom 4. April 1848 erhoben, wohl aber eine direkte Kommunalsteuer in der Form einer allgemeinen Einkommensteuer, und es wird jeder zur Zahlung dieser Steuer Verpflichtete zu derselben nach seinem gesammten Einkommen veranlagt ohne Unterschied, ob ihm dasselbe innerhalb des Gemeindebezirks oder von andern Orten zufließt.

Diejenigen Urwähler, welche nach §§. 8. und 9. der Verordnung vom 30. Mai c. im hiesigen Gemeindebezirke stimmberechtigt, zur Zeit aber noch gesetzlich von direkten Kommunalsteuern befreit sind, und welche auf Grund des §. 13. der Verordnung ihr Stimmrecht auszuüben wünschen, werden aufgefordert,

bis zum 12ten d. Mts. einschließlich uns anzuzeigen, welches Einkommen sie haben und ihre Angaben durch Beweismittel zu bescheinigen, um danach die Steuer berechnen zu können, welche sie zu zahlen hätten, wenn die Befreiung bereits aufgehoben wäre.

Steuerfreie Urwähler, welche es unterlassen, die Anzeige innerhalb der festgesetzten Frist zu machen, werden ohne weitere Prüfung der dritten Abtheilung zugezählt. Gleichzeitig ergeht an diejenigen Urwähler, welche vermöge eines bloßen sechsmonatlichen Aufenthalts am hiesigen Orte stimmberechtigt sind, die Aufforderung, sich binnen gleicher Frist bei uns schriftlich zu melden, die Wohnung, welche sie am 17. Juli c. inne haben werden, zu bezeichnen, und die direkten Staatssteuern resp. die direkte Kommunalsteuer, welche sie an ihrem Heimathsorte zu entrichten haben, anzugeben und Bescheinigungen dieser Angaben beizufügen. Posen, den 6. Juni 1849.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der auf den 15. Juni c. anberaumte Termin zur Verpachtung des Vorwerks Schokken wird hierdurch aufgehoben, und ein anderer zu demselben Zweck auf den 26sten Juni c. Nachmittags 4 Uhr angesetzt.

Posen, den 25. Mai 1849.

Provinzial-Landschafts-Direktion.



Für die bevorstehenden Wollmärkte sind die Beförderungskosten der Wolle per Zollcentner von Posen direkt hier durchgehend nach Berlin auf . . . . . 1 Rthlr., von Posen nach Stettin auf . . . . 18 Sgr., und von Samter und Wronke gleich auf 2½ Sgr., minder wie von Posen ermäßigt.

Ganze Wagen zur Selbst-Beladung bis zum reglementsmäßigen Gewichte, soweit die Wagen solches aufnehmen können, werden gestellt zu 15 Sgr. per Achse und Meile.

Stettin, den 1. Juni 1849.

Directorium
der Stargard-Posener Eisenbahn-Gesellschaft.
Masche.

Sämmtliche Schuldner der unterzeichneten Handlung werden hierdurch zur Zahlung binnen vierzehn Tagen an den Herrn Louis Hirschfeld, Markt No. 62. aufgefordert, mit der Verwarnung, daß gegen diejenigen, welche dieser Aufforderung innerhalb der gestellten Frist nicht genügen, der Weg Rechtens eingeschlagen wird.

Posen, den 6. Juni 1849.

Hirschfeld & Wongrowitz.

Bekanntmachung.

Dienstag den 12ten Juni c. Vormittags 10 Uhr sollen im Magazin No. I. hierselbst eine Quantität Roggenkleie, Roggen- und Hafer-Fegekaff, Fußmehl, so wie mehrere für den Magazindienst unbrauchbare Inventarienstücke gegen gleich baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Posen, den 5. Juni 1849.

Königl. Proviant-Amt.

Unterzeichneter empfiehlt einem geehrten Publikum seine, Sapiehaplatz No. 7. eingerichtete Seiden-, Schön- und Schwarz-Färberei nach der neuesten Wiener und Berliner Art, so wie zu allen in dies Fach einschlagenden Arbeiten; als auch Glätten, Waschen und Fleckenreinigung.

Die genaueste und reellste Besorgung garantirt
Carl Schumacher, Färbermeister.

Ein Commis, der das Manufaktur-Geschäft genau kennt und der Polnischen Sprache vollkommen mächtig ist, findet sofort ein Unterkommen bei
Meyer Falk,
Wilhelmsstraße No. 8.

Posen, den 6. Juni 1849.

Ein Lehrling, mit den nöthigen Schulkenntnissen, wird gesucht von
M. & H. Mamroth,
Markt No. 53.

Ein Bursche, der die Schön- und Seiden-Färberei gründlich erlernen will, findet sofort Aufnahme bei
A. Sieburg,
Wallischei 96b. an der Brücke.

1 prakt. Bade-Apparat mit Pumpwerk ist zu verkaufen kl. Ritterstr. 296. 1 Treppe.

Breslauerstraße No. 4. ist die erste Etage mit Balkon von Michaeli an zu vermiethen.

Ober-Netzbrücher Haupt-kühe,

frischmelkende nebst Kälbern, bringe ich Sonntag den 10. d. M per Eisenbahn nach Posen.

Mein Logis ist im Gasthof zum Eichborn, Kämmereiplatz beim Gastwirth

Herrn Moritz Eichborn.

Fr. Schwandt.

Dem geehrten badenden Publikum empfiehlt sein Lager von ächtem Waldschlösschen-, Bairisch-, Posener Doppel- und einfach Bier in bester Qualität.
A. Löwissohn, Graben No. 8.

Ein gold. Trauring, von innen gez. J. H. 13/4. 46. ist aus einer Flußbadeanstalt hieselbst entwendet worden. Der Eigenthümer wohnt Wallischei No. 1. zwei Treppen.

Einem hohen Publikum zeige ich hiermit ergebenst an, daß ich am 10ten d. Monats hier eintreffe und wie gewöhnlich Friedrichs-Straße 36. wohne.

G. F. Selle aus Berlin,
maitre tailleur.

Jaconnett, Mousselin de Laine, Toil du Nord

im neuesten Geschmack, wie auch ächten Mailändischen schwarzen Tafft, in bester Qualität, empfiehlt zu bedeutend herabgesetzten Fabrikpreisen
Bernhard Rawicz,
Neuestr. im ehemaligen Isidor Meyerschen Geschäfts-Lokal.

Neue Matjes-Heringe
empfing
Samson Töplitz,
Schuhmacherstraße Nro. 1.

Die erste Sendung neuer Matjes-Heringe empfing und empfiehlt einzeln, auch schockweise billigst
J. Appel, Wilhelmsstr. Postseite.

Gute neue Matjes-Heringe empfiehlt
B. Scherek, Jesuitenstr. No. 2.

Beste neue **Matjes-Heringe** hat erhalten und offerirt selbige billigst
J. Ephraim, Wasserstr. 2.

Urbanowo.

Heute großes Hühner-Ausschieben. Zum Abendessen Spargel, junge Hühner, geräucherten und marinirten Lachs, so wie verschiedene andere Speisen, wozu ich freundlichst einlade.

Louis Oehmig.



Die auf dem Fischmarkte aufgestellte Löwen-Menagerie, so wie auch das große anatomische Museum, ist von Morgens bis Abends zu sehen.

Es finden täglich 2 Fütterungen und Abrichtungen der Raubthiere statt; die erste um 4 Uhr, die zweite um 7 Uhr.

Freitag den 8ten Nachmittag 5 Uhr große Schlangenfütterung mit lebenden Thieren.

A. Preuscher, Thierbändiger.